

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Heike Kainz
Stadtrat Dr. Reinhold Babor
Stadtrat Frieder Vogelsong

ANTRAG

01.10.2019

Soziale Infrastruktur in Bestandssiedlungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften GEWOFAG und GWG die Voraussetzungen dafür zu schaffen, ihre großen Wohnanlagen aus den 60iger und folgenden Jahrzehnten mit der aktuell zukunftsweisenden sozialen Infrastruktur wie Wohncafés und Nachbarschaftstreffs o.ä. zu ertüchtigen.

Einzelne Projekte wie „Wohnen im Viertel“ in der Mitterfeldstraße in Pasing müssen in den Stand gesetzt werden, ein fehlendes Wohncafé zu errichten oder im Bestand einen geeigneten Bereich „umzunutzen“, um den notwendigen Bedarf abzudecken.

Begründung:

Im Hinblick auf das Projekt „Wohnen im Viertel“ in der Mitterfeldstraße sind mehrere Aufgaben offenkundig geworden: Dort gibt es bereits mehrere Wohnungen, die von beeinträchtigten Menschen bewohnt und genutzt werden, so dass sie auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Sie werden von einer vor Ort vorhandenen Einrichtung betreut. Es fehlt jedoch an einem sogenannten „Wohncafé“, in dem sich die betroffenen Menschen treffen können. Der zunächst vorgesehene geplante Pavillon wurde aus Kostengründen gestrichen; die alternativ vorgesehene Umnutzung von drei Wohnungen soll aus Gründen der nicht zulässigen Zweckentfremdung nicht möglich sein. Weitere Möglichkeiten werden auf die lange Bank geschoben.

Auch wenn es außer Frage steht, dass Wohnraum möglichst erhalten bleiben muss, sind übergeordnete Ziele zu berücksichtigen. Es ist zweifelsfrei so, dass niemand ohne eine adäquate oder bessere Wohnung in derselben Wohnanlage veranlasst werden darf, seine Wohnung für eine „Nichtwohnnutzung“ aufgeben zu müssen. Dafür ist unbedingt Sorge zu tragen. Es ist außerdem zu sehen, dass die Wohnungsbaugesellschaften insgesamt erhebliche Mengen an Neubauwohnungen errichten. Andererseits sind große Wohnanlagen, die in vergangenen Jahrzehnten errichtet wurden, überhaupt nicht mit

Räumen und Einrichtungen ausgestattet, die einem modernen Quartiersmanagement und den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen entsprechen. Deshalb muss nicht nur in dem benannten Einzelfall, sondern insgesamt in eine Richtung gearbeitet werden, dass die „alten“ Wohnanlagen für alle Menschen, die dort leben, eine gute Zukunft bieten.

Initiative:
Heike Kainz
Stadträtin

Dr. Reinhold Babor
Stadtrat

Frieder Vogelsgesang
Stadtrat